

# Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.  
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),  
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark),  
„Musikalisches Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,  
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,  
für 1 Monat 0,60 Mark.  
Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 0,70 Mk.

Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6119)  
und kostet die Zeitung vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtliche Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Haasenstejn u.  
Bohler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Arndt  
in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stettin; Societe Havas Lafitte  
& Co., Paris 8 Place de la Bourse. Alois Herndl, Wien, I, Schulerstrasse 14.

Die 7-gelappte Beizeile oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.  
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden  
unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die  
Anschlagtafeln geheftet wird.

Unberlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn das Porto beigefügt war.

28. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

28. Jahrgang.

No. 60.

Bromberg, Freitag, den 11. März.

1904.

## Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

Der „Reichsanzeiger“ von gestern veröffentlicht folgendes:

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des § 2 des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 (Reichsgesetzbl. S. 253), zugestimmt.

Der Reichskanzler hat also sein dem Zentrum im Februar vorigen Jahres gegebenes Versprechen, die preussischen Stimmen für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrat zu instruieren, eingelöst. Es hat zwar über ein Jahr gedauert, bis Graf Bülow sein Versprechen einlösen konnte, aber es ist schließlich doch erfolgt. Es gab sicherlich manche Schwierigkeiten zu überwinden im Schoße des Bundesrats, und wir hegen auch heute noch Zweifel, ob der jetzige Beschluß des Bundesrats einstimmig erfolgte. Bekanntlich haben sich Sachsen, Baden, Mecklenburg, Braunschweig, die thüringischen Staaten und die Hansestädte gegen die Aufhebung des § 2 gestäubt; wenn sie jetzt alle, oder einzelne von ihnen, „umgefallen“ sind, so geschah dies sicherlich unter einem starken Druck von preussischer Seite. In sich ist der § 2 des Jesuitengesetzes nicht von sehr erheblicher Bedeutung, und seine Aufhebung bedeutet keineswegs die Aufhebung des ganzen Gesetzes. Der jetzt aufgehobene Paragraph lautet:

„Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden. Wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden.“

„Unverändert bleibt der § 1 des Jesuitengesetzes, welcher lautet: „Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiet des deutschen Reiches ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt.“

Für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes führte Graf Bülow in seiner oben erwähnten Rede am 3. Februar 1903 im Reichstage an, „daß die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des deutschen Reiches es nicht länger notwendig erscheinen lassen, einzelne deutsche Staatsangehörige deshalb, weil sie dem Orden Jesu angehören, unter die Bestimmung eines Ausnahmegesetzes zu stellen, oder dem Reich gegenüber ausländischen Angehörigen dieses Ordens eine besondere Ausweisungsbefugnis zu belassen. Ich glaube vielmehr, daß die allgemeinen Reichs- und Staatsgesetze genügen werden, um den Frieden zwischen den beiden christlichen Bekenntnissen zu sichern.“

Für die Aufhebung des § 2 hat sich vor 8 Jahren auch die nationalliberale Partei erklärt, namens deren der Abg. von Bennigsen im Jahre 1896 im Reichstage folgende Erklärung abgab:

„Ich glaube auch Namens meiner Freunde sagen zu können, daß wir Vorurteilen gegenüber, welche nun bereits seit mehr als zwanzig Jahren gar nicht praktisch geworden sind und in ihrem Inhalte nach allerdings etwas Verleekendes und Gefährliches für große Teile in unserem Vaterlande haben, daß wir, wenn eine solche Anregung an uns kommt, der Prüfung, ob dieser Teil des Gesetzes aufgehoben werden soll, uns jedenfalls nicht entziehen werden, und daß ich es sehr wohl für möglich ansehe, daß darüber eine Verständigung mit der Mehrheit des Reichstages und den verbündeten Regierungen herbeigeführt wird.“

Was jetzt angesichts der Aufhebung des § 2 eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen dürfte, ist, daß die Beschränkung besteht, es werden immer weitere Zugeständnisse in kirchenpolitischer Hinsicht an das Zentrum gemacht werden. Nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit muß man die Abbröckelung des Jesuitengesetzes als Vorzeichen für seine vollständige Beseitigung betrachten. Nicht anders wird die Zentrumspresse sie auffassen. Schrieb doch vor Jahresfrist nach der Antikindigung des Reichskanzlers, daß § 2 aufgehoben werden solle, das bayerische Zentrumorgan: „Innigsten Dank dürfen wir sagen, aber es gilt nicht der Regierung, die ein großes Unrecht teilweise beseitigen will, sondern den Männern, die das katholische Volk im Reichstage vertreten und unermüdlich ihre Forderung der Aufhebung des Ausnahmegesetzes immer wieder erneuert haben und auch fernerhin erneuern werden, bis der letzte Stein der Beseitigung der 70er Jahre weggeräumt ist.“ Dieses Bekenntnis war eine bezeichnende Variation der

vom Abg. Gröber im Reichstage abgegebenen Erklärung: Wir hören nicht auf, die Beseitigung des ganzen Jesuitengesetzes zu verlangen, indem wir einstweilen nehmen, was wir kriegen!

Über den Kampf um das Jesuitengesetz, der jetzt in eine neue Phase getreten ist, gibt die „Freie Ptg.“ folgende historische Daten: Der Reichstag hat am 1. Februar 1899 zwei Initiativanträge angenommen. Er beschloß sowohl entsprechend einem Zentrumsantrage die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes, als auch die Beseitigung nur der im § 2 enthaltenen Beschränkungen des Aufenthalts einzelner Mitglieder des Jesuitenordens, entsprechend zwei gleichlautend von dem konservativen Abg. Grafen Vinburg und dem freisinnigen Abg. Nidert gestellten Anträgen. Als im Januar 1902 das Zentrum die Regierung interpellierte, wie denn der Bundesrat sich zu diesen Reichstagsbeschlüssen stellen werde, erklärte Staatssekretär Graf Bjadowski, daß der Bundesrat bei dem Widerstreit der Meinungen erst nach reiflicher und langer Erwägung Beschlüsse fassen werde. Das Ergebnis werde voraussichtlich in der nächsten Session mitgeteilt werden. Ein Jahr darauf, am 3. Februar 1903 überreichte Graf Bülow bei der Staatsberatung den Reichstag einigermassen mit der Antikindigung, daß er im Sinne einer Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, soweit er Einfluß auf die preussischen Stimmen im Bundesrat habe, zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstages zum Jesuitengesetz Stellung nehmen werde. Bei der Verwirklichung dieser Absicht stieß Graf Bülow im Bundesrat auf größeren Widerstand, als er erwartet hatte.

## Verzichtleistung des Jaren auf die Erbfolge in Oldenburg.

Die russische Gesandtschaft veröffentlicht eine vom Jaren am 11. August 1903 unterzeichnete Urkunde über die Erbfolge im Großherzogtum Oldenburg. Um die Schwierigkeiten in der Thronfolge für den Fall des Erlöschens des Mannestammes des Großherzogs Peter von Oldenburg aus dem Wege zu räumen, tritt der Jar für sich, seine Nachkommen und für das Kaiserhaus alle seine angestammten Erbrechte an dem Großherzogtum an den gegenwärtigen Repräsentanten der herzoglichen Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Herzog Friedrich Ferdinand, oder an die sonstigen Nachkommen des 1885 verstorbenen Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ab. Eine gleichzeitig veröffentlichte Erklärung des Herzogs Friedrich Ferdinand vom 5. Oktober 1903 akzeptiert für sich und seine Nachkommen die ihm gebührende Thronfolgerechte.

Der Großherzog Friedrich August von Oldenburg laboriert an einem Herzleid. Er ist in zweiter Ehe vermählt seit 1896 mit der Herzogin Elisabeth zu Mecklenburg. Aus erster Ehe stammt eine, aus zweiter Ehe drei Töchter. Die Geburt eines Sohnes blieb dem Großherzog von Oldenburg bisher verweigert. Thronfolger in Oldenburg ist der 49jährige Bruder des Großherzogs, Herzog Georg, der unvermählt geblieben ist. Die nächsten Erbfolgeberechtigten sind Nachkommen eines Bruders des Großvaters des gegenwärtigen Großherzogs von Oldenburg, Herzog von Oldenburg, die in Petersburg geboren sind und dem russischen Heere als Generale angehören. Für diese leistet der Jar nun Verzicht zu Gunsten der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg.

Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist der Schwager der deutschen Kaiserin. Zu Gunsten dieser Schleswiger Linie des schleswig-holsteinischen Hauses sowie zu Gunsten der Augustenburger Linie, deren Haupt der Bruder der Kaiserin Auguste Viktoria ist, hat der Reichstag am Dienstag in erster und zweiter Beratung die Ausdehnung der Vorschriften der Reichsgesetze beschlossen, welche für die Mitglieder des ehemaligen hannoverschen Königshauses, des bormaligen kurhessischen und des großherzoglich nassauischen Fürstenhauses Abweichungen von den allgemeinen reichsgesetzlichen Vorschriften zulassen oder versagen. In der Begründung dieses Gesetzentwurfs ist ausgeführt worden, daß das Fürstenhaus Holstein sich in früheren Jahrhunderten aus dem Hause Oldenburg abgegliedert hat, als ihm die Krone Dänemark und auch die Landesherrenschaft im Herzogtum Holstein zufiel. Der Verzicht des Jaren auf die Erbrechte in Oldenburg wird in Deutschland sympathisch begrüßt werden. In erster Reihe kommt dieser Verzicht dem oldenburgischen Staate zugute, dem nunmehr für den Fall des Erlöschens des Mannestammes des Herzogs Peter Schwierigkeiten in der Thronfolge erpart werden. Daß das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg die russischen Erbansprüche

überkommen hat, dürfte sowohl in Oldenburg wie im übrigen Deutschland Befriedigung hervorrufen. Von allgemein deutschem Interesse aber ist es, fortan die Möglichkeit ausgeschlossen zu sehen, daß ein ausländischer Fürst deutscher Bundesfürst werde. So viel man weiß, war Oldenburg das einzige deutsche Land, welches mit dieser Möglichkeit zu rechnen hatte. Man erinnert sich der Empfindungen, die in Deutschland erregt wurden, als der Herzog von Oldenburg i. J. 1893 Herzog von Coburg-Gotha wurde. Herzog Alfred hat damals die Würde eines britischen Großadmirals und Mitgliedes des englischen Geheimen Rates niedergelegt; trotzdem stimmte es verdrießlich, einen ausländischen Prinzen an der Spitze eines deutschen Bundesstaates zu sehen. Der Verzicht des Kaisers Nikolaus für sich und sein Haus bewahrt Oldenburg vor Ähnlichem.

## Der Krieg.

### Angriff auf Port Arthur. Landungen auf Liaotung und am Yalu.

Wie es scheint, werden jetzt japanische Landungen an verschiedenen Punkten der Liaotung-Halbinsel und der Südmandschurei ins Werk gesetzt, die den Zweck haben, einerseits die Russen am Yalu im Rücken zu bedrohen und andererseits Port Arthur von der Landseite zu zernieren. Gleichzeitig hat ein Angriff der japanischen Flotte auf Talienwan (Dalu) und Port Arthur stattgefunden. Bisher liegen allerdings darüber nur aus englisch- resp. amerikanisch-japanischer Seite Nachrichten vor. Die bezüglichen Meldungen lauten:

Tokio, 9. März. (Reuter.) Japanische Kriegsschiffe beschossen in der vergangenen Nacht die Forts von Talienwan und griffen sodann Port Arthur an.

London, 10. März. (Telegramm.) Die Morgenblätter melden aus Washington: Das Departement des Äußeren erhielt ein Telegramm aus Tschifu, wonach japanische Truppen in Föng-Hwang-Tschöng und Tschufschan angekommen seien, die sich auf diese Weise im Rücken der russischen Stellung in der Mandschurei befinden und die Bahnlinie (?) bedrohen. Der Kommandant des amerikanischen Kanonenboots „Selenia“, welches sich gegenwärtig in Zinkau befindet, meldet, daß bei Föng-Hwang-Tschöng ein Gefecht stattgefunden habe.

Daß die Japaner in Tschufschan, das westlich von der Yalumindeung liegt, gelandet sind, ist möglich, da die Eisverhältnisse dies vielleicht schon gestatten, aber unwahrscheinlich klingt die Meldung, daß sie schon bis nach Föng-Hwang-Tschöng, das 100 Km. nordwestlich von dem erörterten Orte landeinwärts liegt, vorgebrungen sein sollten und dort ein Gefecht gehabt hätten. Es ist unwahrscheinlich, daß die Russen sie so weit hätten vorrücken lassen, ohne ihnen Widerstand entgegenzusetzen. Unverständlich ist ferner die Angabe, daß die Japaner von dort aus die Bahn bedrohen. Die einzige Bahn, die dort existiert, ist die ostchinesische von Port Arthur nach Charbin, und diese ist von Föng-Hwang-Tschöng noch einige hundert Kilometer entfernt. Über den neuen Angriff auf Port Arthur liegen bestätigende Angaben noch nicht vor; die Beschließung von Talienwan würde, falls sie sich bestätigt, darauf hinweisen, daß dort gleichfalls japanische Landungen geplant sind.

Daß die Russen auch bei Niutschwang (Zinkau) mit der Möglichkeit von japanischen Landungen rechnen, geht aus folgender Depesche hervor:

Zinkau, 10. März. (Telegramm.) Die Russen haben gestern in Niutschwang 2 Belagerungsgeschütze und 2 Haubizen ausgeladen. Der englische Konsul forderte die englischen Frauen und Kinder auf, Niutschwang zu verlassen, ehe der Fluß eisfrei wird.

### Angeblliche russische Verluste in Port Arthur.

London, 10. März. (Telegramm.) [Neuermeldung aus Tokio.] Es wird berichtet: Bei dem am 24. Februar unternommenen Versuch der Japaner, Port Arthur zu blockieren, seien russische Torpedobootszerstörer, als sie in den inneren Hafen zu entkommen suchten, auf eine Mine gestoßen und gesunken. 8 von 13 russischen Kriegsschiffen, die im Hafen lagen, seien kampfunfähig gemacht worden. Das Swangschintschanfort von Port Arthur sei durch die japanischen Granaten zur Hälfte zerstört worden. Nur drei Batterien seien jetzt

brauchbar. An der Reparatur der russischen Schiffe arbeiten 400 Chinesen und 400 Russen. Die russischen Streitkräfte in Port Arthur sollen etwa 2000 Mann (?) betragen.

### Ein neuer Angriff auf Wladiwostok

scheint noch nicht stattgefunden zu haben; auch liegt über den Verbleib des russischen Kreuzergeschwaders eine Nachricht nicht vor. In einem Telegramm an den Jaren ergänzt Statthalter Alexejew seine Mitteilungen über die Beschießung von Wladiwostok vom 6. d. Mts. wie folgt: Ich habe die Ehre, Euerer Majestät folgende Einzelheiten über die Vorgänge vom 6. d. Mts. zu melden: Das feindliche Geschwader näherte sich gegen 11 Uhr vormittags Wladiwostok, nachdem es die Höhe der Insel Askold passiert hatte. Nach mehreren Änderungen in der Schachordnung ließ es zwei Kreuzer nördlich von der Insel zurück. Die übrigen Schiffe nahmen dann den Kurs nach dem Ussurigolf längs der Küste und zwar in einer Entfernung von 10 Werst von der letzteren. Als das Geschwader in der Höhe des St. Josefbergs und der Ussuriska Batterie angelangt war, dampfte es gegen diese Batterie und eröffnete um 1 Uhr 35 Min. auf eine Entfernung von 8 Werst das Feuer von zwei Seiten. Das vorderste Schiff eröffnete das Feuer, welches dann von allen übrigen aufgenommen wurde. Um 2 Uhr 20 Min. hörte das Bombardement auf und das Geschwader dampfte in südlicher Richtung in einer Entfernung von 10 Meilen rechts von der Insel Askold ab und kam um 5 1/2 Uhr außer Sicht. Im ganzen hat der Feind etwa 200 Schuß abgegeben. Das Resultat ist gleich Null. Die Festungswerke und Verschanzungen sind unversehrt, die Beschädigungen in der Stadt und anderen Teilen der Befestigungen sind unbedeutend. Die Stimmung der Garnison ist ausgezeichnet. Die Instandhaltung der Batterien zur Verteidigung ging in voller Ordnung vor sich. Nach Meldungen von gestern wurde das feindliche Geschwader um 8 Uhr früh wieder bei Wladiwostok gesichtet, fuhr in die Ussuribucht hinein und wandte um, ohne zu feuern, nach der Richtung des Kap Gamor, wo es um 3 Uhr 40 Min. eintraf. Sodann machte es Kehrt und entfernte sich in südlicher Richtung.

### Ans Nordkorea.

Tokio, 8. März. Nach einer hier eingegangenen Meldung würde den Russen seitens der koreanischen Soldaten bei Ansbju und Sultschön nur schwacher Widerstand geleistet.

London, 10. März. (Telegramm.)

Neuermeldung aus Seoul: Die Russen besetzten heute die koreanische Telegraphenstation Föngwön. Zwischen den Koreanern und den Russen hat, wie hier berichtet wird, auf der koreanischen Seite des Dumenflusses ein Gefecht stattgefunden.

### Russisches Pferdeausfuhrverbot.

Petersburg, 10. März. (Telegramm.) Amtlich wird gemeldet: Ein kaiserlicher Ukas verbietet bis auf weiteres die Pferdeausfuhr.

### Verschiedene Nachrichten.

Tokio, 8. März. Marquis Tjo wird am 15. März von hier nach Korea abreisen. Er wird dem Kaiser von Korea ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Japan überbringen. Über den Zweck seiner Mission ist außer den höchsten amtlichen Kreisen niemandem etwas bekannt. Der Marquis wird begleitet sein von dem Vizepräsidenten des Geheimen Rats Grafen Sigahituzo, dem Sekretär des Geheimen Rats Grafen Tuzuko, dem Generalmajor Utagawa und dem Kontreadmiral Sotkamoto. Der Bau der Bahn von Seoul nach Widschu hat begonnen.

Newyork, 9. März. Nach einem Telegramm aus Tokio von gestern verlautet dort, Japan erwäge, ob es ratsam sei, sofort eine Anleihe in Amerika und Europa aufzunehmen zu suchen. Obgleich viele Staatsmänner und Finanziers sich gegen die Maßregel aussprechen, weil Japan den Krieg beendigen könne, ohne Geld aufzunehmen, läßt man es doch für besser, jetzt eine Anleihe unterzubringen, als dies in einer zukünftigen Krise zu versuchen, wenn das Geld dringend gebraucht wird.

Suez, 10. März. (Telegramm.) (Neuermeldung.) Die Regierung erhebt energig Einbruch gegen die Verlängerung des Aufenthalts des russischen Kreuzers „Dimitri Donskoi“.

London, 9. März. Im Unterhaus trug Renwid (kons.) an, ob Vorkehrungsmaßnahmen getroffen seien, um das Versinken von russischen oder japanischen Schiffen im Suezkanal zu verhindern. Der Unterstaatssekretär Carl Berch erwiderte: Freie Schifffahrt im Kanal sei vorgezogen durch Artikel 4 der Konvention von 1888. Rußland hätte an dieser Konvention teilgenommen, Japan zwar nicht, aber



die Regierung habe keinen Grund anzunehmen, daß die japanischen Schiffe anders als gemäß dieser Konvention handeln würden. Die von der japanischen Regierung am 8. Februar bekannt gegebenen Bestimmungen verlangen, daß die Kriegsschiffe der kriegführenden Parteien so schnell wie möglich durch den Kanal gehen sollen und ohne Aufenthalt, ausgenommen in besonderen Notfällen oder auf Anordnung der Kanalbehörden.

Paris, 10. März. (Telegramm.) Heute verbreitete sich hier das Gerücht, ein Beamter des Marineministeriums sei unter dem Verdacht verhaftet worden, der japanischen Regierung wichtige die nationale Verteidigung betreffende Aktenstücke mitgeteilt zu haben. Demgegenüber erklärt die „Agence Havas“, gestern sei ein im Ministerium angestellter Schreiber verhaftet und seines Amtes entsetzt worden, dessen Dienste zu wünschen übrig ließen. Die Untersuchung habe ergeben, daß keine Aktenstücke fehlen. Der Generalstab und das Marineministerium sollen der Angelegenheit keine große Bedeutung beimessen.

## Politische Tageschau.

\*\* Bromberg, 10. März.

Der Kaiser, dessen Erhaltung glücklicherweise von geringer Bedeutung gewesen zu sein scheint, genügt die Mittelmeerreise am Sonnabend, 12. d. Mts. von Bremerhaven aus anzutreten, nachdem er sich am Freitag abend von dem gleichfalls in Bremerhaven anwesenden Prinzen Heinrich verabschiedet hat. Die mit der Mittelmeerfahrt verbundenen Besuche italienischer Küstenstädte sind bereits durch den Militärattaché der deutschen Botschaft in Rom festgesetzt. Danach wird der Kaiser am 24. März an Bord des „König Albert“ in Neapel eintreffen und sich dort an Bord der „Hohenzollern“ begeben, die bereits vor längerer Zeit nach dem Mittelmeer abgegangen ist. Nach dem bisherigen Programm dürfte das Ende der Mittelmeerfahrt kaum vor Mitte April zu erwarten sein.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Marineetats fort. Es wurde eine Neuforderung von drei Schutkleuten mit 7979 Mk. gestrichen, nachdem eine längere Erörterung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Beamten geführt war. Ferner wurde ein Wertinspektor abgesetzt mit 2300 Mk., zwei Wertbuchführer und fünf neugeforderte technische Hilfsbeamte. Einer der größten Titel des Etats: zur Instandhaltung der Schiffe und ihres Inventars fordert gegen das Vorjahr 1 Million Mk. mehr, im ganzen 20 142 378 Mk. Der Referent hat um eine eingehende Darlegung der Gründe, aus denen eine volle Million Mk. mehr notwendig sei. Die gewünschte Aufklärung wurde vom Staatssekretär Ripps und dem Geh. Admiraltätsrat Sarmis gegeben. In der Diskussion wurden Zahl und Ursache der Unfälle in der Marine besprochen. Der Titel wurde schließlich auf Antrag des Referenten Frhrn. v. Thünefeld (Zentr.) unverändert genehmigt. Ferner wurde eine Resolution Semler angenommen, die um Erhöhung der Gehälter für Führer, Steuerleute und Spritzenmeister ersuchte, sowie ein Antrag Gröber, der früher eingebracht und zurückgestellt war, und eine Übersicht über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben der Marine wünscht und besonders auch Klarheit über die Gewährung der Sonntagsruhe verlangt. Schließlich wurden noch 9500 Mk., die für 7 Zivilbeizler für Helgoland gefordert waren, abgelehnt.

Im Abgeordnetenhaus haben Vertreter verschiedener Parteien, die in Polen und Westpreußen gewählt sind, einen Antrag eingebracht, die Ostermarkenzulage für die Volksschullehrer in Polen und Westpreußen zu erhöhen und sie zugleich für die Lehrer an höheren Schulen und Mädchen Schulen einzuführen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist in der Lage, die in einzelnen auswärtigen Zeitungen verbreitete Mitteilung, nach der Minister Frhr. v. Hammerstein sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, für vollständig unbegründet zu erklären.

Demnächst erscheint als Sonderbeilage der „Nachrichten für Handel und Industrie“ eine Uebersetzung des neuen rumänischen Zolltarifs. Letzterer enthält bei nicht wenigen Waren, an denen unsere Industrie interessiert ist, erhöhte Zollsätze. Er weist 854 gegen bisher 576 Positionen auf.

Die Nebenbahnvorlage sieht neue Bahnbauten mit einem Kostenaufwande von rund 80 Millionen Mark und außerdem 27 Millionen Mark für die mit dem Neubau des Bahnhofes Hannover zusammenhängenden Bahnarbeiten vor. Diese Zahlen zeigen, daß die diesmalige Vorlage weit reicher ausgestattet ist, als dies sonst der Fall war.

Im Ministerium des Innern wird eifrig an der Novelle zum Wahlgesetz gearbeitet. Es besteht die Absicht, sie noch in dieser Session, und zwar zeitig, einzubringen. Denn da insbesondere bei Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten eine Verfassungsänderung nicht zu umgehen ist, wird die Verabsichtigung dieser Vorlage einen Zeitraum von drei Monaten beanspruchen. Es wäre im Interesse der Beschleunigung im höchsten Grade erwünscht, daß der dem Abgeordnetenhaus vorliegende Wahlantrag recht bald an eine Kommission verwiesen und so der Regierung die Gelegenheit geboten würde, Fühlung mit der Landesvertretung zu nehmen.

Die Errichtung von Invalidenhäusern auf Kosten der Versicherungsanstalten schreitet nach wie vor sehr langsam fort. Der Grund hierfür liegt augenscheinlich darin, daß die durch den Aufenthalt eines Pflanzlings in einem Invalidenhause erwachsenden Kosten den Betrag der Rente ganz erheblich übersteigen. Bis jetzt sind von den Versicherungsanstalten Braunschweig, Württemberg, Berlin und Hansestädte Invalidenhäuser errichtet worden.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird dem Berliner „Kölnen“ berichtet: Das Detachement des Majors von Glasenapp mit den Kompanien Fischer und Vieber, 50 alten eingezogenen Schutruppenreiter, vier Maschinengewehre und einem Maschinengewehr vereinigte sich nach forcierten Ge-

schwind, teils auch Nachtmärschen am 26. Februar auf der Linie Doring-Kaundine mit der Kompanie des Oberleutnants von Winkler. Es wird jetzt versucht, die Sereros vor der Annäherung an die englische Grenze abzuhalten. Die gesamten Reiter werden demgemäß vorgehoben. Trotz bedeutender Anstrengungen ist der Gesundheitszustand, abgesehen von leichten Darmsstörungen, gut. Die Schienenbespannung der Artillerie hat sich gut bewährt.

Der Vortragende Rat im Kultusministerium Dr. Otto Meinerz ist im Alter von 65 Jahren gestorben. Er gehörte der katholischen Konfession an, war früher Gymnasialdirektor in Braunsberg und in Posen, später Provinzialschulrat in Breslau. Der „Reichsanzeiger“ widmet dem Verstorbenen einen Nachruf, in dem es heißt: In allen seinen Stellungen hat der Bewerige in treuer und gewissenhafter Amtsführung, namentlich auf dem Gebiet des höheren Schulwesens, lehrreich gewirkt. Feinsinnig in seiner wissenschaftlichen Bildung, wahrhaftig in seinem ganzen Wesen, von tiefer religiöser Überzeugung und stets unbefangenen sachlich in seinem Urteil, hat er der Unterrichtsverwaltung die besten Dienste geleistet, denen es auch nicht an äußerer Anerkennung gefehlt hat. Dabei machte den bewährten Beamten die gleichmäßige, freundlich entgegenkommende Liebenswürdigkeit in den Formen des persönlichen Verkehrs allen, mit denen er dienstliche Beziehungen zu pflegen hatte, namentlich seinen Amtsgehilfen und Untergebenen, in besonderem Maße lieb und wert. Sein Andenken wird in hohen Ehren bleiben.

Die Diäten für die Reichstagsmitglieder bewilligt. Dem Reichskanzler Grafen Bülow ist es gelungen, den Widerstand gegen die Gewährung von Diäten, der an maßgebenden Stellen bestand, zu überwinden. Dem Reichstage wird in nächster Zeit eine entsprechende Vorlage zugehen.

In Nachen sprach dieser Tage vor einer, vom Verein der nationalliberalen Jugend einberufenen und sehr zahlreich besuchten Versammlung Wassermann über die politischen Aufgaben der Gegenwart. Der Redner gab zuerst einen vortrefflichen historischen Überblick über die Entwicklung der einzelnen politischen Parteien und skizzierte den Niedergang des Liberalismus von der Zeit der 80er Jahre, wo Fürst Bismarck sich genötigt sah, mit Hilfe des Zentrums die Schutzpolitik zu inaugrieren. Das Anwachsen der Sozialdemokratie und ihre skrupellose Agitation, wie die des Bundes der Landwirte, trug zum weiteren Niedergang des Liberalismus bei; mit ihm ist die Vererbung des Parlamentarismus verbunden. Wassermann glaubte früher, das radikalste Heilmittel gegen den Niedergang des Parlamentarismus in der Gewährung von Diäten erblicken zu müssen; aber auch er ist zu der Ansicht gelangt, daß hierin nicht das Heilmittel liegt, sondern in der Selbsttätigkeit, welche die Parlamentarier üben müssen. Zur Charakteristik der Sozialdemokratie übergehend, führte Wassermann aus: Eine Partei, welche die Welt regieren wolle, müsse eine sittliche und geistige Reife aufweisen, die er der Sozialdemokratie nicht zuerkennen könne. Vorläufig halte sie sich an historische Autorität noch alle divergierenden Elemente in der sozialdemokratischen Partei nieder; der Fall Schönbach beweise aber, daß auch in der sozialdemokratischen Fraktion eine nicht geringe Anzahl die schubhelferischen Ansichten Schönbachs teile. — Was Wassermann über den leider stetig wachsenden Einfluß des Zentrums sagte, ist schon durch die Tatsachen überflüssig worden: der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute die Aufhebung des § 2 des Scheitungsgesetzes! Zur Sozialpolitik betonte Wassermann: So unberechtigt die Sozialdemokratie ist, so wenig kann aber die Berechtigung der Arbeiterbewegung verkannt werden, und deshalb muß die sozialpolitische Gesetzgebung immer weiter ausgebaut werden, aber nicht so, daß der Liberalismus Bundesgenosse in der Sozialdemokratie sucht, wie die Herren Barth, Naumann und von Gerlach. Wenn aber der Liberalismus energisch zum Ausbau seiner Organisationen Hand anlege, könne und müsse er Fortschritte machen. Als Hülfstruppe für diesen Ausbau erblicke er die nationalliberale Jugend, und hoffentlich werde sie es erleben, wieder glänzende Zeiten für den Liberalismus heraufkommen zu sehen. — Der Vortrag Wassermanns wurde mit großem Beifall aufgenommen.

## Ausland.

### Österreich.

Wien, 9. März. Abgeordnetenhauses. Ministerpräsident Dr. von Körber beantwortet unter fortwährendem Lärm der Tschechisch-Radikalen die Interpellation betreffend die Prager Studenten demonstrationen und sagt, es sei richtig, daß der Univeritätsrat ein alter Studentenbrauch sei. Die Regierung könnte mit einem Verbot nur eingreifen, wenn eine Gefahr für die öffentliche Ruhe geschaffen würde, solche sei aber so lange nicht gegeben, als nicht die Studenten selbst ernste Erzeisse begingen. Die letzten Ereignisse in Prag seien aber erst dadurch hervorgerufen, daß sich ein Teil der tschechischen Bevölkerung ganz zweifellos aufgestandelt von einzelnen tschechischen Zeitungen zu Angriffen auf die deutschen Studenten hinreizen ließ. (Andauernder Lärm.) Der Minister stellt mit Genugtuung fest, daß das Dazwischentreten der Regierung jede Art von ernstlichen Unfällen bei den Zusammenstößen der beiden nationalen Parteien verhindert habe. Er erklärt, die Regierung sei fest entschlossen, die Ruhe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten. Der in der Interpellation Bara aufgestellten Behauptung, als ob er (Redner) die Erzeisse bestellt habe (neuer großer Lärm), konnte er die auf der anderen Seite zum Ausdruck gebrachte Ansicht über den Ursprung der Vorwürfe entgegenhalten. Beide hätten wahrcheinlich die gleiche Berechtigung. Er wenigstens wisse sich von jeder Anstiftung frei (anhaltende Rufe der Tschechen), er könne aber eine allgemeine Bemerkung nicht unterdrücken: Die Regierung respektiert die in der Verfassung verbürgten Rechte der Bevölkerung; sie vermeidet jede politische Bevormundung. Wie anders sollten die Völker gehorchen, als in der Freiheit! Nationaler Terrorismus aber und staatsbürgerliche Freiheit seien grolle Widersprüche. Ein Antrag Raftans auf Eröffnung der Debatte über die Verantwortung der Interpellation betreffs Prags wurde abgelehnt.

### Frankreich.

Paris, 9. März. Die Deputiertenkammer hat dem Gesetzentwurf betreffend die Stellenvermittlungsbureaus in der vom Staate angenommenen Fassung zugestimmt.

Nantes, 9. März. Gegen die 5 Offiziere vom 116. Infanterieregiment, die sich geweigert hatten, bei der Ausbreitung der Kongreganisten in Bloermeil mitzuwirken, ist das kriegsgerichtliche Verfahren eingeleitet. Es bestätigt sich, daß die Verletzung des Brigadegenerals de la Riviere, des Obersten und des Oberleutnants des 116. Infanterieregiments mit dieser Angelegenheit zusammenhängt.

### Rußland.

Djelow, 9. März. Über den Vorfall vom Sonntag, bei welchem gegen den hiesigen Polizeimeister und dessen Gehilfen Schüsse abgegeben wurden, meldet Bjeostofsky Wjeitnik: Während der Vernehmung eines Arbeiters bemerkte die Polizei Unruhe in der den Sarg begleitenden Volksmenge und verhaftete die Anführer derselben. Die Menge antwortete mit mehreren Schüssen und Steinwürfen. Als nun die Polizei einen Arbeiter verfolgte, wurden auch einige Schüsse gegen den Polizeimeister gerichtet.

### Türkei.

Konstantinopel, 8. März. Aus Mitrovika wird gemeldet, daß Schemi-Pascha vom Kommando der dortigen 18. Nizam-Division entlassen und die Division vorläufig dem Kommando der 5. Nizam-Division in Uleskib unterstellt wurde. Damit wurde eine Forderung der albanesischen Unzufriedenen, welche zu Schemi-Pascha in einem Verhältnis der Blutrache standen, erfüllt. Wegen der übrigen Forderungen betreffend die Abschaffung der Viehsteuer sowie Nichtverwendung türkischer Gerichtsbeamten usw. finden Unterhandlungen statt. Die Verbindung zwischen Zepel und Djakova ist noch unterbrochen, dagegen mit Mitrovika bereits offen. Schemi-Pascha befindet sich derzeit noch in Djakova.

### Spanien.

Madrid, 8. März. In der Deputiertenkammer erklärte der Ministerpräsident, die Ereignisse in Valladolid hätten einen revolutionären Charakter; unrichtig sei es, daß zur Wiederherstellung der Ruhe in den Straßen Truppen herangezogen worden seien.

### Großbritannien.

London, 9. März. Unterhaus. Bei der Beratung des Heeresbudgets erklärt Campbell-Bannerman, die Last der Militärausgaben werde unerträglich, die erhöhten Militärausgaben seien auf die Eroberung und Abenteurpolitik zurückzuführen, die das Land schwäche. Redner verlangt Verringerung der Garnisonen in Südafrika und Beilegung in der Erledigung der Vorkämpfe des Ausschusses zur Reorganisation des Kriegsmats. Premierminister Balfour bekräftigt nachdrücklich die Ausführungen Bannermans und spricht sein Bedauern über die Bemerkungen Bannermans bezüglich der Garnison in Südafrika aus, die von der Burenpartei dahin ausgelegt werden würden, daß, sobald die liberale Partei ans Ruder gelangen sollte, Englands Südafrika-Politik an Kraft nachlassen würde. (Beifall.) Redner rechtfertigt dann die Militäropolitik der Regierung und sagt: Solange unsere Streitkräfte, besonders die Flotte, in angemessener Verfassung erhalten werden, ist ein planmäßiger Einfall in England ein Traum; aber die ganze Richtung der Umstände im Osten geht dahin, uns zu einer Feindschaftsmacht und zum Nachbarn einer andern großen Militärmacht zu machen. Wir müssen diese Tatsachen bei der Aufstellung unseres Militäretats in Erwägung ziehen. Keiner Regierung würde es gestattet sein, die Heeresstärke über einen gewissen Punkt hinaus zu verringern.

London, 9. März. Der frühere englische Botschafter in Berlin und Petersburg, Lord Augustus Loftus, ist gestorben.

### Äsien.

Uden, 8. März. Hier herrschte heute große Erregung. Einem Araberhäuptling war die Erlaubnis erteilt, die Stadt mit einem Gefolge von 100 Mann zu besuchen; statt dessen brachte er 250 mit Flinten Bewaffnete mit sich. Der britische Beamte sah sich zu nachdrücklichen Vorstellungen genötigt, weil sich der äußerst störrische Häuptling weigerte, seine Begleitmannschaft zu verringern oder abzuschießen. Da sich das Gefolge sehr unartig benahm und in aufrührerischer Weise den Frieden in der Stadt bedrohte, ließ der Resident die Bombayinfanterie und Artillerie aufmarschieren, die zum Vorgehen bereit waren. Er schickte darauf dem Häuptling ein Ultimatum mit der Aufforderung, um 5 Uhr nachmittags sich zu entfernen, worin der Häuptling sich zornig fügte.

### Amerika.

New-York, 9. März. In Springfield (Ohio) wurde am 7. d. Mts. ein Neger von Weizen gelohnt, der unter der Anklage stand, eine weiße Frau erschossen zu haben. Gestern drangen ungefähr 2000 Weiße mit Revolvern und Säbeln in das Negerviertel und steckten den östlichen Teil dieses Viertels in Brand; sie drohten, auch im westlichen Teil Feuer anzulegen. Um einem Massentumult vorzubeugen, sind 8 Kompanien Militär nach Springfield entsandt worden. Ein späteres Telegramm meldet, daß bei dem von Weizen im Negerviertel angelegten Feuer 20 Mietkasernen zerstört wurden; weiteren Ausbreitungen des Böbels wurde durch die Truppen Einhalt geboten.

### Äfrika.

Algier, 9. März. Der Kreuzer D'Assas, auf dem gestern bei der Ausfahrt aus dem hiesigen Hafen ein Kesselrohr geplatzt war, hat heute seine Fahrt nach Ostafien fortsetzen können.

## Gerichtssaal.

a. Inowrazlan, 9. März. Wegen öffentlicher Beleidigung anständiger Damen hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht die unberechtigete Dzemine aus Thorn zu verantworten, die am 15. Januar dieses Jahres in der Bahnhofstraße zwei anständige

Damen durch unflätige Redensarten belästigte. Das Gericht erkannte auf eine Woche Gefängnis und Publikation des Urteils auf Kosten der Angeklagten.

Grütz, 9. März. Der frühere Vorsteher der hiesigen Reichsbankstelle Franz Benque, der im vorigen Jahre infolge von Börsenspekulationen in Konkurs geraten war und einen Selbstmordversuch verübt hatte, wurde heute von der hiesigen Strafkammer wegen einfachen Bankrotts und Untreue in sechs Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Benque hatte Wertpapiere und Geld im Betrage von 52 000 Mark, die ihm von fünf Damen anvertraut worden waren, bei einer hiesigen Bankfirma auf sein eigenes Konto buchen lassen.

## Bunte Chronik.

— In Bagdad sind fünf Cholerafälle, darunter drei mit tödlichem Ausgange, festgestellt worden.

— „Rose Bernd“ im Exil. Zur Absetzung von Hauptmann „Rose Bernd“ vom Repertoire des Wiener Hofburgtheaters erzählt ein humoristisch veranlagter Mitarbeiter des „N. W. Journ.“ noch nachstehende Details: Gerhart Hauptmann erhielt in einem böhmischen Schloße aufgebundene Depesche nachfolgenden Inhalts: „Bitte, Ihrer Tochter Rose Bernd meine aufrichtige Teilnahme auszudrücken. Sie möge sich aber damit trösten, daß nicht nur ihr, sondern auch höher geborenen Damen im Laufe der letzten Wochen der Zutritt zum Hofe verboten worden ist. Prinzessin N.“ — Czjellens K., ein hochgestellter pensionierter Offizier, der sich bei Königgrätz ausgezeichnet und dann in den dauernenden Ruhestand versetzt wurde, erklärte einem Interviewer: „Die Maßregelung tut meinem alten Offiziersherzen wohl. Erstens brauchen wir an unserer Hofbühne überhaupt keine Stücke von preussischen Offizieren (die alte Czjellens befand sich infolgedessen in einem Irrtum, als sie beständig von einem Hauptmann Gerhart sprach), unsere braven österreichischen Kameraden schreiben viel lustigere Sachen; zweitens ist es eines ehrenhaften Offiziers unwürdig, für eine (solgt ein nicht wiederzugebender starker Ausdruck) Person, wie diese Rose Bernd, Mitleid erweisen zu wollen. Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich den Hauptmann Gerhart vor den Offizierssenat stellen. Reinesfalls dürfte der Kerl in Österreich Burghauptmann werden!“ — In literarisch-liberalen Hofkreisen — es soll auch solche geben — berührt die peinliche Diskussion, die sich an die Verbannung von „Rose Bernd“ knüpfte, recht unangenehm. Man denkt daran, jener hohen Persönlichkeit, die die Maßregelung veranlaßt haben soll, den Titel einer „Unbell-Stifts-Dame“ zu verleihen. Einer Aufhebung von „Rose Bernd“ an einer reichsdeutschen Bühne wohnten u. a. ein Hof-Saalslehrer, ein hochherzoglicher Kutscher und andere Honoratioren bei. Nach der Vorstellung meinte der Saalslehrer: „So arg geht es im Leben denn doch nicht zu. Ich habe — trotzdem ich meistens an Fürstenthöfen tätig war — viel erlebt, aber so arg geht es wirklich nicht zu...“ Der Hofkutscher aber meinte: „Na, na!“

Der Spezialkatalog für Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche usw. der Firma Rudolph Herzog, Berlin, ist soeben erschienen. Erstmalig ist die Vielseitigkeit der Gewebe, der Sticker- und Spigentechniken in den dargestellten Gardinen, deren Muster, die Eigentum der Firma sind, edle, schöne Linien in allen neuen Stilen zeigen. Wahre Kunst- und Prachtstücke sind in den modernen Band- und Spigengardinen vertreten. Auch die Muster der Möbel-, Vorhang- und Wandbespannungstoffe zeigen eine Fülle neuer Motive, ferner die der abgepassten Vorhänge, der Dekorationen für Schlafzimmer, einschließend der Bettdekorationen. Reizende Neuheiten bieten die gestickten Kissen, und kunstvollendet sind die Darstellungen auf den in vielen neuen Sujets gebrachten Gobelins. An den zierlichen Formen der Kleinföbel wird jeder Mann Gefallen finden. Erlesene Stücke des Orients bewundern wir unter den dargestellten Teppichen, denen sich inländische Fabrikate nach künstlerischen Entwürfen von meisterhafter Komposition anreihen. Der Musterreichtum des gewebten Teppichs überträgt sich, wie ersichtlich, neuerdings auch auf das Linoleum, Steppdecken, Dauneneden, Schlafdecken können mit den hier gebrachten Mustern ausgetragener Geschmacks ebenfalls als eine Zierde des Hauses gelten. Zum Schluß ist noch eine Beilage mit Abbildungen von Korsetts, Damenhüten, Kinderkonfektion usw. zu erwähnen. Dieser Katalog wird auf Wunsch kostenfrei zugelandt.

## Kirchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Synagoge. Freitag, den 11. März, abends 6 Uhr. — Sonnabend, 12. März Frühgottesdienst 7 Uhr, Hauptgottesdienst: Neumond und die Misan. Sabbatgottesdienst 10 Uhr, Mincha 3 Uhr 30 Minuten. Sabbatgottesdienst 6 Uhr 26 Minuten. — In den Wochentagen morgens 7 Uhr 15 Minuten, abends 6 Uhr. Der Gottesdienst findet in der Vor-synagoge statt.

# Kupferberg Gold.

Aus dem Innern Chinas berichtet ein Australisch zurückgekehrter Forscher, daß die dort lebenden Völkerschaften, welche sich bekanntlich nicht durch übergroße Reinlichkeit auszeichnen, merkwürdigerweise eine überaus große Sorgfalt auf gute Reinigung ihrer Zähne legen. Er führt dies darauf zurück, daß die Chinesen durchweg große Freunde des Essens sind und selbst der Vermittler den glücklichen Moment des Tages gekommen sieht, wenn er seine Mahlzeit, deren Anblick beim Europäer in den meisten Fällen kaum Glück erregen dürfte, vorbringen kann. Instinktiv fühlt der Chinese, daß diese Feinde durch Krankheit der Zähne beinträchtigt würden und sucht schon von Jugend an sich dieses fühlige Gut durch sorgfältige Pflege zu erhalten. Man sollte sich bei uns ein Beispiel hiervon nehmen, zumal man durch die neueren wissenschaftlichen Untersuchungen weiß, daß der regelmäßige Gebrauch eines Mundwassers, welches wirklich desinfiziert, wie das vorzuziehliche, jetzt in allen Kulturländern gebrauchte Kosmin, ganz außerordentlich zur Erhaltung der Zähne beiträgt.











## Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. März.

**\* Graf Bülow Ehrenmitglied der Königl. Akademie in Posen.** In weitesten Kreisen wird die Nachricht mit lebhafter Freude begrüßt werden, daß der Senat der Königl. Akademie in Posen den Reichskanzler Grafen Bülow zum ersten Ehrenmitglied ernannt hat. Dem Reichskanzler wurde davon in einem Briefe Kenntnis gegeben, in dem es u. a. heißt: Nach § 16 unserer Satzung ist die Akademie berechtigt, durch einstimmigen Beschluß des Senats mit Genehmigung des Ministers Personen, welche sich um die Förderung des deutschen Geisteslebens in den Ostmarken verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. In der Sitzung vom 10. Februar d. J. hat der Senat bei namentlicher Abstimmung sich einstimmig für die Ernennung Euer Excellenz zum ersten Ehrenmitglied der Akademie erklärt. Se. Erz. der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinalangelegenheiten hat nach Erlaß vom 23. Februar 1904 von diesem Entschlusse des Senats mit Freude Kenntnis genommen und gern die erforderliche Genehmigung erteilt. Durch den Namen des Herrn Reichskanzlers ehrt die Akademie sich selbst. Wir wollen arbeiten für die beste deutsche Art zu sein, für das Leben in der großen geistigen Werten der deutschen Kultur. Darum scheuen wir uns nicht, es vor aller Öffentlichkeit zu bezeugen, daß wir uns in naher Beziehung fühlen zu der nationalen Arbeit unserer Regierung. Darum wagen wir es und fassen das Vertrauen, unserer Akademie einen besonderen Platz zu gewinnen unter dem Schilde des Reichs und denjenigen um seine Fürsorge zu bitten, der der Träger der nationalen Politik in unseren Ostmarken ist. Erlernen wir doch das Motto unserer Tätigkeit in dem Wort, das Euer Excellenz am 13. Januar 1902 im Abgeordnetenhaus gesprochen und das uns bei unserer Eröffnungsfest weisevoll entgegenklang: „Wo dem Deutschen kein geistiges Leben blüht, wo ihm Kunst und Wissenschaft fehlen, verkümmert er. Wo der Deutsche prosperieren soll, müssen auch die idealen Seiten des Lebens gepflegt werden.“ Und so wiederholen wir die Bitte: Euer Excellenz wolle uns die hohe Ehre erweisen, die Stellung des ersten Ehrenmitgliedes der Königl. Akademie zu Posen anzunehmen. Für den Senat der Akademie ehrenbereitsig Der Rektor: Prof. Kühnemann.

**\* Graf Bülow hat seinen Dank in folgendem Schreiben an den Rektor der Königl. Akademie, Prof. Kühnemann, ausgesprochen:** Berlin, 6. März 1904. Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das freundliche Schreiben vom 2. d. Mts. zu erwidern, daß ich die Ernennung zum ersten Ehrenmitglied Ihrer Akademie auf Grund der einstimmigen Entschliessung des Senats als eine Auszeichnung betrachte, die ich gern und dankbar annehme. Sie ist mir willkommen zur sinnbildlichen Befestigung des engeren Verhältnisses, das aus der Arbeit an den nationalpolitischen Aufgaben für die Stärkung des Deutchtums in den Ostmarken mir als Reichskanzler und Ministerpräsidenten auch zu der dortigen Akademie erwächst. Ich blide mit Verliebtheit darauf, daß diese eigenartige deutsche Hochschule während meiner Amtszeit und unter meiner Mithilfe entstanden ist. Ich freue mich des regen Verkehrs, den die Anstalt schon während des ersten Jahrs ihrer Tätigkeit aufzuweisen hatte und vertraue, daß unbefümmert um etwaige Rückschlüsse auch in Zukunft die Posener Akademie das Banner der nationalen Geistesbildung unserer Ostmarken in den Ostmarken treu und tapfer vorantreiben wird. Der fortdauernden Fürsorge der Königl. Staatsregierung und der persönlichen bereitwilligen Anteilnahme Ihres ersten Ehrenmitgliedes an allem, was das Wohl und Wehe der Akademie betrifft, bitte ich Sie und die Herren Mitglieder des Senats versichert zu sein. In besonderer Wertschätzung Bülow.

**\* Feldpostpakete an die Truppen in Deutsch-Südwestafrika.** Von jetzt ab werden Privatpäckereien an die in Deutsch-Südwestafrika befindlichen Truppen und Besatzungen von Kriegsschiffen zur Feldpostbeförderung zugelassen. Die Päckereien müssen folgenden Bedingungen entsprechen: Gewicht der einzelnen Sendung nicht über 2 1/2 Kilogramm; Größe nicht erheblich über 35 Zentimeter in der Länge, 15 Zentimeter in der Breite und 10 Zentimeter in der Höhe; Verpackung in Rüstchen oder festen Kartons recht dauerhaft, mit äußerer Umhüllung in haltbarer Leinwand oder Wachleinand und mit fester Verschnürung; die Umschrift muß in der Weise hergestellt werden, daß auf die Sendung eine mit der vollständigen Adresse recht genau und deutlich ausgefüllte Postkarte haltbar aufgeheftet oder aufgeklebt wird; auf der Karte ist die Bezeichnung „Postkarte“ in „Feldpostkarte“ zu ändern; außerdem müssen der Absender und der Inhalt der Sendung genau angegeben werden. Der Befügung von Postpafetadreffen und Zoll-Zusatzdeklarationen bedarf es nicht. Das Porto beträgt für jedes Feldpostpaket ohne Unterschied des Gewichts und des Bestimmungsortes 1 M. Die Sendungen müssen bei der Aufgabe frankiert werden. Ausgeschlossen von der Beförderung mittels Feldpostpakets sind unbedingt: Flüssigkeiten, Sachen (Lebensmittel), die dem schnellen Verderben unterliegen, zerbrechliche und leicht entzündliche Sachen sowie die allgemein von der Postbeförderung ausgeschlossenen Gegenstände. Eine Gewähr für die richtige und pünktliche Überführung der Privatpäckereien kann die Postverwaltung nicht übernehmen.

**\* Im Bezirk der Kaiserlichen Ober-Postdirektion Bromberg bietet sich zur Einstellung von Zivillanwärttern für die mittlere Laufbahn im Post- und Telegraphendienst Gelegenheit.** Die Vorschriften für die Einstellung von Bewerberinnen als Post- und Telegraphengehilfen können bei jedem

Postamt eingesehen werden. Bemerkenswert wird, daß zur Annahme der Besiz des Reifezeugnisses für die Untersekunda einer neunstufigen oder des Reifezeugnis für die erste Klasse einer sechsstufigen öffentlichen höheren Lehranstalt unbedingt Erfordernis ist, daß der Bewerber bei seiner Einstellung in den Dienst das 17. Lebensjahr vollendet und bei seinem Eintritt als Postgehilfe nicht das 20., als Telegraphengehilfe nicht das 18. Lebensjahr überschritten hat und daß er endlich körperlich für den Post- und Telegraphendienst geeignet ist, insbesondere ein ungeschwächtes Seh- und Hörvermögen sowie gute Atmungswerkzeuge besitzt.

**\* Waisenspflege.** Der hiesige Verein „Waisenhort“ hält, wie bereits durch Anzeige in unserem Blatte bekanntgegeben, seine diesjährige Hauptversammlung am Freitag, 11. d. Mts. abends 8 Uhr im kleinen Saale des Hotel Adler ab, wozu der Vorstand alle Mitglieder und Freunde der Waisenspflege einladet.

**\* Das Zentral-Hilfskomitee für die deutschen An siedler in Südwestafrika** hat durch Vermittelung der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes im Schutzgebiet selbst ein Zweig-Hilfskomitee ins Leben gerufen, in dem Beamte und Nichtbeamte tätig sind. Der Zweck dieses Komitees ist, nach vorher festgestellten Grundsätzen die gesammelten Unterstützungsgelder sofort an die durch den Aufstand geschädigten An siedler bzw. auch deren Hinterbliebene zur Verringerung des dringlichen Notstandes zu verteilen. Als erste Rate sind dem Zweigkomitee 60 000 Mark, einschließlich der vom Kaiser und König aus der Privatkassette bewilligten 10 000 Mark telegraphisch überwiesen worden. Um eifrige Sammlungen wird gebeten; wenn auch später Entschuldigungen aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden, so ist doch eine schnelle und auskömmliche Unterstützung notwendig.

**\* Rangverleihung.** Den nachbenannten Professoren an höheren Lehranstalten ist der Rang der Räte vierter Klasse verliehen worden: Hermann Klug am Gymnasium zu Löwen, Wilhelm Ewers am Gymnasium zu Strassburg in Westpreußen, Friedrich Kühnemann am Friedrichs-Erlegium zu Königsberg i. Pr., Dr. Max Bierau am Gymnasium zu Neustadt Westpr., Heinrich Wranowski am Altkatholischen Gymnasium zu Königsberg i. Pr., Waldemar Fabian an der Realschule zu Culm, Robert Ratich am Mariengymnasium zu Posen, Hermann Weisner am Gymnasium zu Luf.

**\* F. Croné a. Br., 9. März. (Verdigung.)** Heute wurde der am Sonnabend verstorbenen Oberpostassistenten Oswald Benjide zur letzten Ruhe bestattet. Vor dem Sarge sprachen der Gesangsverein „Eintracht“, der Kirchengesangsverein und die Beamten der Post, während die große Masse der Bevölkerung, ohne Unterschied der Konfession, sich den Leidtragenden anreihete.

**\* Säubin, 7. März. (Bauten.)** Der Fiskus errichtet hier selbst ein Geschäftsgebäude für die Kreisbauinspektion. — Von dem Gelände der hiesigen Fürsorgeziehungsanstalt wird ein Bauplatz für das Kreiskrankenhaus an den Kreis abgetreten.

**\* Juwvraslaw, 9. März. (Der Wilsesche Roman in polnischer Sprache.)** Dieser Tage wurde der hiesigen Kriminalpolizei von der Zollbehörde ein an die Buchhandlung des „Dziennik Kujawski“ adressiertes Paket übergeben, das zwei Ansichtsexemplare des von Wladimir Transzynski in die polnische Sprache überfetzten Wilseschen Romans „Aus einer kleinen Garnison“ enthielt. Die Polizeibehörde beschlagnahmte die Bücher, und die Königl. Staatsanwaltschaft Bromberg bestätigte diese Maßregel.

**\* Mts., 9. März. (Sitzung. Hochwasser.)** Im Hotel deutsches Haus fand gestern eine Sitzung des Krieger-Denkmal-Komitees statt. Nach dem Rassenbericht hat der Denkmalsfonds die Höhe von 1977,79 Mark erreicht. Im Anschluß daran erstattete der Vorsitzende Bürgermeister Freitag den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Komitees. Nach eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, das bisherige Krieger-Denkmal-Komitee aufzulösen und das ganze Vermögen, sowie die Akten dem hiesigen Kriegerverein, welcher die Anregung zur Errichtung eines Kriegerdenkmals gegeben hatte, zu überweisen. — In den letzten Tagen sind der Nege und Rüdow aus den oberen Flußgebieten so viel Wassermengen zugeführt worden, daß beide Flüsse an verschiedenen Stellen die Ufer überschritten und die anliegenden Wiesen überflutet haben. Der Pegel der hiesigen Negebrücke zeigte gestern einen Wasserstand von 1,40 Meter; heute zeigte er die Höhe von 1,80 Meter.

**\* Schönlaube, 9. März. (Rad diebstahl.)** Gestern Abend wurde ein Schlossergeselle, welcher hier fremd zureiste, wegen Verdachts eines Fahrraddiebstahls verhaftet und heute dem Gericht zugeführt. Der Verhaftete hat hier ein noch sehr gutes Zweirad für 5 Mark zum Verkauf an und behauptet das Rad sei sein Eigentum, ferner behauptete er, daß es ein Fabrikat „Schlaniß“ sei. Ein Sachverständiger von hier stellte jedoch bestimmt fest, daß das Rad ein Fabrikat Dürkopp ist. Es führt die Nr. 135 173 und ist zweifellos, vielleicht in einem Nachbarorte, gestohlen. Da die Fabrikmarke augenscheinlich vom Rade entfernt ist.

**\* Schneidemühl, 8. März. (Zweck's Gründung eines Arbeitgeberverbandes)** für das Baugewerbe in den Kreisen Kolmar i. B., Pölsche, Czarnikau, Deutsch-Krone und Umgegend findet am Montag, 14. März, in Schneidemühl eine Versammlung der betreffenden Arbeitgeber des Maurer- und Zimmergewerbes statt.

**\* Tremeßen, 9. März. (Abgangsprüfung.)** Bei der heute unter dem Vorsitz des Provinzialschulrats Dr. Wege stattgehabten Maturantenprüfung am Königl. Progymnasium bestanden von 17 Untersekundanern 16, davon 7 unter Entbindung von der mündlichen Prüfung. Ein so günstiges Resultat ist hier wohl noch nie erzielt worden.

## Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 9. März. 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Bundesratsstische: v. Einem u. a. Die zweite Beratung des Militäretats wird beim Titel „Kriegsminister“ fortgesetzt.

**Abg. Dr. Braun** (Soz., schwer verständlich) tritt für eine kräftige Sozialpolitik im Heere ein. Die deutsche Heeresverwaltung sei sozialpolitisch rückständig, sie möchte sich die französische zum Muster nehmen, die in ihren Werkstätten schon die achtstündige Arbeitszeit eingeführt habe. Bedauerlich sei es, daß die Heeresverwaltung Arbeiten verberge, die in der Heimarbeit hergestellt würden. Die Heimarbeiterinnen würden so schlecht bezahlt, daß sie von ihrem Lohne nicht leben könnten, sondern auf den dunklen Weg der Schande gedrängt würden. Auch in den Spanbauer Militärlagerstätten herrschte bedauerlicher Tiefstand der Löhne und eine geringe Stabilität in den Arbeitsverhältnissen.

**Abg. v. Krüger** (Konf.): Ich bin kein Militär, ich habe nur so kurze Zeit gedient, daß ich, wenn ich Unteroffizier gewesen wäre, nicht mal den Zivilversorgungsschein bekommen hätte. (Geisterzeit.) Gewiß hat es unter den Offizieren Gierles gegeben, nennen Sie sie meinetwegen Jagles (Geisterzeit), aber diese Jagles starben 1870/71 den Tod fürs Vaterland. Spieler und Trinker gab es darunter, aber diese gibt es unter allen Ständen. Gerade unter den Tränkern und Spielern befanden sich Männer, die später hochberühmt waren. Daß es in der Heeresverwaltung gibt, das ist sicher. Die Leute sind ihr ganzes Leben Sozialdemokraten, weshalb sollten sie es nicht während ihrer Dienstzeit sein. Das sollte der Regierung eine Lehre sein, die Sozialdemokraten nicht durch schöne Reden gewinnen zu wollen. (Geisterzeit. Rufe: Scharfmacher!) Nennen Sie mich meinetwegen so, es ist keine Schande, ein Schwert zu schärfen, es kommt nur darauf an, zu welchem Zweck. (Sehr richtig!) Man darf es nur nicht zu dem Zweck schärfen, um dem die Kehle abzuschneiden, dem man es nicht tun sollte. (Geisterzeit.)

**Abg. Bähler** (Antif.) polemisiert gegen die „Maffabier-Rede“ des Abg. Eichhoff. Ich bezweifle, daß die Juden besonders tapfere Soldaten sind. Wenigstens muß ich die Juden meines Wahlkreises gegen diese Behauptung in Schutz nehmen. Diese sind an dem Blutergießen in den Freiheitskriegen sicher nicht schuld. Auch die aus Konitz nicht. Überhaupt waren nur wenig Juden an den Freiheitskriegen beteiligt. Die Statistik ist ganz falsch, ist sie doch ein Menschenalter später aufgestellt. Auch die Verwendung auf Wellington beweist nichts, der hat später ja manches gesagt, was nicht richtig war. In vielen Städten, z. B. in Dirschau, Ruzig usw. bezahlten die Juden einige hundert Taler und stellten einige Soldaten aus, um zu Hause bleiben zu können. In Deutsch-Brone wollten sie das auch, als ihnen dies nicht gestattet wurde, gingen sie an den König Friedrich Wilhelm III. und boten ihm 1000 Taler, wenn sie nicht mitzugehen brauchten. Die Antwort des Königs ist sehr charakteristisch und beleuchtet eigenartig die Darlegungen des Abg. Eichhoff, sie lautete: Das Gesuch wird genehmigt, denn in diesen schweren Zeiten sind seine Weissen gar nichts, aber 1000 Taler immer etwas. (Große Geisterzeit.) Der Kriegsminister sagte, den Soldaten sei nur der Besuch polnischer Lokale verboten. Was heißt das? Viele dieser Lokale gehören Juden und die sind deutsch, wenn Deutsche da sind, und wenn Polen da sind, fingen sie: Noch ist Polen nicht verloren. (Geisterzeit.) Daß die adligen Offiziere bevorzugt werden, ist verständlich. Talente vererben sich, die Juden haben das Schachertalent geerbt (Geisterzeit), und in vielen adligen Familien bererbt sich das Talent der Kriegsmisler. Redner bittet sodann den Kriegsminister, mehr für kleine Garnisonen zu sorgen.

**Abg. Bebel** (Soz.): Der sächsische Bevollmächtigte hat mich mißverstanden. Ich habe den Baugener Fall mit der größten Diskretion behandelt und keinen einzigen Namen genannt. Ueberhaupt hat nicht der „Vorwärts“, sondern die kirchliche Presse diesen Fall behandelt. Über den Fall Wiffing habe ich Adl Schreien bekommen, es scheinen Kreise zu existieren, die ein Interesse daran haben, den General von Wiffing zu diskreditieren. Heute wird mitgeteilt, daß, als der Prinz Prosper Arenberg in die Armee eintrat, der Herr von Einem sein Kommandeur gewesen sein soll. Wie kommt es, daß man sich nicht nach seinem Vorleben erkundigt hat? Trotz aller Reden von Kameradschaft gibt es doch große Unterschiede in der Armee, es gibt Regimente ersten, zweiten und dritten Grades. Der Fall der Kommandeuse in Posen hat auch in der „Preussischen Korrespondenz“ gestanden. Er ist passiert unter dem Vorgänger des jetzigen Kommandierenden. Was Herrn Stöcker betrifft, so hat die Sozialdemokratie demselben so viel zu schaffen gemacht, daß er, wo es geht, sich zu revanchieren sucht. Die Revanche ist ihm aber gestern nicht gelungen. (Widerspruch rechts.) Zwischen uns und ihm gibt es keine Verständigung, wir stehen uns gegenüber wie Feuer und Wasser. Unser Bestreben geht dahin, unsere jetzigen Zustände zu bessern, ehlernen, besseren Menschen angenehme Daseinsbedingungen zu gewähren, unser Vaterland zu dem ersten Lande der Welt zu machen. (Lachen rechts.) Sie (nach rechts) werden das nie erreichen. Herr Stöcker sieht immer nur den Splitter bei uns, den Balken in seinem Auge sieht er nicht. Gestern empfahl Abgeordneter Stöcker als Vorsitzenden der Sittlichkeitskommission den Abgeordneten Singer. Warum hat er nicht seinen Amtsbruder, den Abgeordneten Kröll, dazu vorgeschlagen! (Geisterzeit.) Stöcker arbeitet seit 30 Jahren als moderner Sisyphus. Seine Arbeit ist bald verweht wie Schreim im Winde. Unsere Arbeit aber bleibt. Christus predigt die Nächstenliebe. Stöcker, der sich als hervorragender Vertreter des Christen-

tums hinstellt, hat hier gestern mit seinem Satz alles mit Füßen getreten, was Christus gelehrt hat. Wir sind durch unsere Bestrebungen wahre Vertreter des Christentums. (Lachen rechts.) Bismarck hat den Abgeordneten Stöcker aufs höchste verachtet. Christus war tatsächlich ein Jude, seine Mutter war eine Jüdin und sein Vater war ein Jude. Das Christentum wäre ohne das Judentum gar nicht denkbar. (Das Präsidium führt Vizepräsident Graf Stolberg.) Redner polemisiert weiter gegen den Abgeordneten Stöcker. Derselbe hat gestern aus seinem (Redners) Buch „Die Frau“ falsch zitiert. Die Sozialdemokratie untergräbt nicht die Moral, das tun die herrschenden Klassen. Machen Sie, was Sie wollen, uns werden Sie nicht los. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Stöcker** (Antif.): Meine Liebe scheinen doch gefessen zu haben, sonst wäre Herr Bebel wohl nicht so erregt geworden. Ich habe sein Buch ganz richtig zitiert. Er will eben das ganze Institut der Ehe zu grunde richten und aus der ganzen Menschheit eine Tierwelt oder einen Zoologischen Garten machen. (Große Geisterzeit.) Herr Bebel hat auf dem Dresdener Parteitag gesagt: Südet Euch vor den Leuten, die zu Euch kommen, vor allem vor den Akademikern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Fälschung!) Redner verliest darauf aus dem Bericht die Worte Bebel's, in denen es heißt: Seht Euch vor den Leuten vor ihm. Das ist doch genau daselbe. Wer sich aber so vor den Akademikern fürchtet, kann keine Kultur schaffen. Was Herr Bebel von meinem verstorbenen Amtsbruder Frommel gesagt hat, muß noch erst beglaubigt werden. Das ist vielleicht nur über Frommel erzählt worden. Mit Ihrem Herunterreißen jeder Autorität treibt man nur Byzantinismus vor dem Pöbel. Daß die Sozialdemokraten so viel Anhänger gefunden haben, ist mir die Schuld der Judenpresse oder einer verwandten gleich schlechten Presse, die unser Volk dumm gemacht hat. Bebel spricht jeden Augenblick von Rom und dem Kaiser Nero, bei seinem Satz gegen das Christentum kann er eben doch nur selbst Nero oder Kalkula sein. Herr Bebel sagte auch, ich sollte christliche Liebe predigen, aber Christus selbst hat gesagt, daß er nicht den Frieden, sondern das Schwert bringe. Im übrigen lehne ich es ab, mich mit Bebel über Christus zu unterhalten, bei seinem Satz gegen die Akademiker versteht er die ganze Frage auch nicht.

**Kriegsminister v. Einem:** Es fällt dem Kriegsminister wirklich schwer, sein bischen Gehalt zu erhalten. (Große Geisterzeit.) Darin hat Bebel recht, es herrscht ziemlich allgemein eine große Klatschsucht. Aber nirgends wird so viel Klatsch vorgebracht, als in sozialdemokratischen Blättern, nirgends wird so daran festgehalten. Es ist richtig, daß Bebel nur im Fall Wiffing eine Frage an mich gerichtet hat. Aber wäre es nicht richtiger gewesen, wenn er einen Brief an mich geschrieben hätte? Dann wäre der Fall klar gestellt worden, ohne daß er in die Öffentlichkeit gekommen wäre. Wenn ich alles dementieren sollte, was in der Presse steht, müßte ich einen Nachtragset einbringen, um mir ein eigenes Dementierungs-Bureau einzurichten. Was hat nicht allein bei dem Abgang meines Vorgängers für ein Blödsinn in der Presse gestanden! (Geisterzeit.) Ich weiß nicht, wie verlässige Menschen das glauben konnten. Herr Bebel hat Recht, ich war der Kommandeur des Kürassier-Regiments, als der Prinz Arenberg dort eintrat. Bei uns diente sein Bruder, der Herzog, ein durchaus nüchtern, einfacher Mann, der mir den Prinzen empfahl. Ich nahm ihn auf, da ich doch annehmen mußte, daß sein Bruder ihn mir nur empfehlen würde, wenn er in jeder Beziehung tauglich sei. Zuerst hat sich der Prinz auch gut gefügt. Wenn seinen Vorgesetzten später nichts von seinen Ausschreitungen gemeldet wurde, so ist ein Fehler gemacht worden; es wäre Pflicht gewesen, alles zu melden. Herr Ledebour warf mir vor, mein Stenogramm gefälscht zu haben. Ich habe das Stenogramm gar nicht gesehen, einer meiner Herren hat die Worte „die Offiziere sind die Führer der Blüte der Nation“ — worunter ich die Jugend verstand — umgewandelt in „Führer des Volkes in Waffen“. In dem Fall, den der Abg. Eichhoff anführte, ist Remebur geschaffen. Vordruckten, Juden nicht anzunehmen, bestehen nicht. Ich glaube nicht, daß der Abg. Müller den bayerischen Offizieren einen Gefallen getan hat, als er sie gestern hier vor den preussischen lobte. Sehr oft kommen von bayerischen Offizieren Besuche an uns, an unleren Institutionen teilnehmen zu dürfen. Dies zeigt doch nicht, daß unsere Einrichtungen schlecht sind. Der Abg. Bebel hat überhaupt, General Boguslawski habe in seinem Buche Verleumdungen und Verdächtigungen ausgesprochen. Wenn Herr Bebel wirklich ein solcher Freund der Wahrheit wäre, wie er sich immer hinstellt, würde er so etwas nicht behauptet haben. (Lebhafte Beifall.)

**Abg. Wagner** (libd. Fr.) kritisiert die vielen Uniformänderungen, die doch viel Geld kosten. Für die Kriegsinvaliden sei aber nichts da. Redner befragt dann noch die Erleichterungen für die Erleichterungen bei dem Besuch der Kontrollerversammlungen und verlangt energische Maßnahmen gegen die Soldatenmißhandlungen. Hier sei das Wort sie volo sie jubeo mal am Plage.

**Abg. v. Oldenburg** (Konf.): Als vor Jahresfrist meine Wahl fälliger war und ich fünf Minuten sprach, um einen Offizier zu verteidigen, der beleidigt war, griff Herr Bebel mich heftig an und meinte u. a., er hätte es nicht mit seinem Ehrgefühl für vereinbar gehalten, jetzt noch zu reden. Heute aber hat Herr Dr. Braun eine lange Rede gehalten, trotzdem seine Wahl zweimal für ungültig erklärt worden ist. Auf ihn will ich keinen Stein werfen. Ich erwähne das nur, um Herrn Bebel zu charakterisieren. Wenn es ihm paßt, kann er auch anders. (Geisterzeit.) Wir haben bisher große Zurückhaltung geübt, aber wir können doch nicht das Wort allein den Herren Bebel und Ledebour überlassen, und Herrn Dr. Müller-Meinigen. Dieser Herr Dr. Müller-Meinigen ist ja ein begeisterter Vorkämpfer für die Frauen. Aber diese seine Be-



geisterung für das schöne Geschlecht treibt ihn doch zu Dingen, die über seine Kraft gehen. (Heiterkeit.) Lassen Sie (zu den Freijünglingen) doch mal einen andern los, es ist ja unerträglich, wenn immer derselbe sich vordrängt und immer daselbe redet. (Heiterkeit.) Es wäre wirklich wünschenswert, daß doch endlich mal der Abg. Richter käme und diesem Unfug ein Ende machte. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen es nicht als Unfug bezeichnen, wenn ein Abgeordneter oft redet.

Abg. von Oldenburg (fortfahrend): Von der linken Seite sind die Paraden lebhaft kritisiert worden; aber gerade die Paraden sind ein gutes Mittel, die Disziplin aufrecht zu halten. Bedauert habe ich die partikularistische Bemerkung des Abg. Dr. Müller-Meinungen über die bayerischen Offiziere. Preussische und bayerische Offiziere haben 1870/71 treue Waffenbrüderschaft geübt und sich alle als gleich gebildet gezeigt. Wenn Sie wirklich einmal an unsere Armeen gehen wollen, dann wird Ihnen ein Bericht vorgelegt werden, daß schwer verdaulich ist, die blauen Böhnen. (Gelächter links, Zuruf von den Sozialdemokraten: Großschmausel.)

Ich wünsche, daß dann bei Ihnen der Ruf erschallt: „Führer vor die Front!“ (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es wird viel von dem Verrat der Festungen 1806 gesprochen, ich will den nicht entschuldigen; aber man muß doch auch bedenken, welche Zustände damals herrschten. Soffentlich ist das den Herren von der Front eine Lehre, nicht immer die Mittel zu verweigern. An dem Anmarsch der Sozialdemokratie ist bloß die Ara Capribi schuld. In demselben Augenblick, wo man die Getreidepreise herabsetzte, hätte man auch das allgemeine Wahlrecht aufheben und ein Sozialistengesetz einführen sollen mit einem Expatriierungsgesetz. Alle sozialistischen Führer hätten ausgewiesen werden müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man hätte sie nach Afrika schicken sollen, da könnte man ihnen ja ganze Völkerstämme, z. B. die Bantubas, zur Verfügung stellen, an denen sie dann ihre menschenfreundlichen Ideen hätte ausführen können. (Heiterkeit.) Wenn sich die Sache dann bewährt hätte, wäre es ja noch immer Zeit, die Sache auch in Deutschland einzuführen. (Heiterkeit.) Was die sozialdemokratische Gefahr anlangt, da stehe ich auf dem Standpunkte eines weisheitsreichen Landmannes: Wenn durchaus gehängt werden soll, dann hänge ich lieber zuerst Sie (zu den Sozialdemokraten) auf! (Heiterkeit.) Die bürgerlichen Parteien hätten sich längst zusammenschließen sollen und sich Geistesgaben verbitten sollen, die das Bestehende unterminieren wollen. Es hätte längst der Ruf erschallen sollen: „Naus da, aus dem Haus da!“ (Heiterkeit.) Die Herren wären nie so stark geworden, wenn der Bismarcksche Kitzelstiefel ihnen gegenüber nicht Platz gemacht hätte dem Samthandschuh! Den Kriegsminister nehme ich dabei freilich aus. Mit Ihnen, Herr Kriegsminister, werden wir durch Dick und Dünn gehen, weil wir zu Ihnen Vertrauen haben und weil wir wissen, daß die Armeen der Welt und der Stolz der Nation ist. Wenn nun gar gewisse ehemalige Offiziere das Bedürfnis fühlen, die Armeen herunterzureißen, dann erwacht für uns alte Offiziere das noble officium, unsere erste Liebe, die Uniform, zu verteidigen. Ich muß da immer an den Vers eines Witiblatzes denken:

„Ärgre mich immer, wenn Militär  
Im Reichstag so wird mitgenommen,  
Andre Nation ganz glücklich war,  
Könnte sie so eines bekommen!“

Wenn der Reichstag unsere Armeen nicht mehr verteidigen könnte, dann wäre er nicht mehr einen Schuß Pulver wert! Das Volkwerk der Armeen werden Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht einreichen. In diesem Volkwerk werden Sie zerschellen! (Beifall rechts.) Ich schließe jetzt meine Rede, eingehend des alten Wortes, daß eine Rede kurz sein soll, aber verlegend! (Große Heiterkeit.) Nun, kurz bin ich gewesen, und verlegt habe ich Sie wohl auch! (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein! Nein! Können uns nicht verlegen!) Nicht? Na,

dann werde ich das nächste Mal viel gröber sein! (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mügenberg (Zentr.) spricht über das Sanitätswesen in der Armee und wünscht eine bessere Ausbildung der Militärärzte.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nat.-lib.): Bei der vorgerückten Stunde nur ganz wenig Sätze! Gegenüber den Angriffen und Herabsetzungen der Armeen von Seiten der Sozialdemokraten müssen wir sagen, daß wir die beste Armee der Welt haben. Die schönsten Blätter der Weltgeschichte sind die gloriereichen Taten unserer Armeen. Keine andere Nation hat so etwas aufzuweisen. Keine Herabsetzung kann die großen Taten vermindern. Dies mußte mal gesagt werden, damit nicht ausländische Blätter die Debatte hier so auslegen, als ob eine allgemeine Unzufriedenheit hier herrschte. Wir sind doch mit geringen Ausnahmen uns einzig in der Liebe zur Armee, die wir im Herzen tragen. Das schließt nun nicht aus, daß wir uns das Recht der Kritik nicht nehmen lassen. Protestieren muß ich gegen die Bemerkung des Abgeordneten Stöder, daß Goethe sich vor Napoleon gefürchtet hätte. Wo und wie ist das geschehen? Gerade das Gegenteil ist der Fall, niemals hat Goethe von einem Furchtgefühl gesprochen. Im Gegenteil, Goethe hat Napoleon so imponiert, daß er sein berühmtes Wort sprach: „Voilà un homme!“ Das hätte er doch gewiß nicht getan, wenn er Goethe für einen Feigling gehalten hätte. Gewiß hat Goethe 1813 nicht geglaubt, daß die Freiheitsbewegung einen Erfolg hätte. Aber wer hat das damals geglaubt? Die Krieger, Geiseln usw. waren Ausnahmen, allgemein war die Ansicht vertreten, daß Napoleons Macht unüberwindlich sei. Viele der größten Männer der Zeit teilten diesen Glauben, deshalb kann man doch Goethe keinen Vorwurf machen, gefürchtet hat er sich aber nie. Wir sollten uns freuen, daß wir einen solchen Mann hatten, aber wir sollten ihn nicht herabsetzen. (Beifall.)

Abg. Eichhoff (frei. Vp.) bedauert es, daß der Reichstag durch die antimilitarischen Spätsätze auf das Niveau der Reden des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg gekommen sei. Wenn auch keine Vorschläge darüber beständen, daß Juden nicht abanzieren, so sei doch in der letzten Zeit kein Jude Reservelieutenant geworden.

Sächsischer Generalmajor Krug von Nidda gibt zu, daß er Herrn Bebel falsch verstanden haben könnte. Er sei ihm aber dankbar dafür, daß er ihm Gelegenheiten gegeben habe, den Bauskner Fall hier richtig zu stellen.

Hiermit schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Krüßell: Gegenüber Herrn Bebel muß ich zur Steuer der Wahrheit erklären: 1. daß ich nicht Amtsbruder des Herrn Stöder bin. Ich habe mein Amt niedergelegt, 2. daß ich nicht Parteigenosse des Herrn Stöder bin. Was ich politisch bin, bin ich ganz und gar durch mich selbst. (Stürmische Heiterkeit.) Der Herr Dr. theol. und frühere Hofprediger Stöder: . . .

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Im Namen des Herrn Dr. theol. und früheren Hofpredigers Stöder brauchen Sie keine persönlichen Bemerkungen zu machen. (Heiterkeit.)

Abg. Krüßell (fortfahrend): Ich wollte nur bemerken, daß ich Herrn Stöder berechne und daß alles, was ich von Herrn Bebel höre und Herr Bebel sage . . .

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Auch das ist nicht persönlich. (Heiterkeit.)

Abg. Krüßell (fortfahrend): Nur noch das eine, ich bitte Herrn Bebel, in Zukunft . . .

Präsident Graf Ballestrem unterbricht unter stürmischer Heiterkeit den Redner aufs neue mit der Bemerkung, daß sei nicht persönlich, worauf der Redner das Rednerpult verläßt.

Abg. Bebel: Der Kriegsminister hat gesagt, ich hätte Herrn von Boguslawski vorgeworfen, daß er anstelle des Heidelberger Falles . . .

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich wollte auf die Frage des Kriegsministers antworten, ich werde das jetzt an anderer Stelle tun.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Ich wollte den Abg. Bebel durch meinen Zwischenruf . . .

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht persönlich. Zwischenrufe dürfen Sie überhaupt nicht machen. (Heiterkeit.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Herr Eichhoff hat mir billige Spätsätze vorgeworfen, ich habe aber nur statistische Mitteilungen gemacht. Ich halte es mit Treisätze . . .

Präsident Graf Ballestrem: Im Namen Treisätze dürfen Sie keine persönliche Bemerkung machen. (Heiterkeit.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Ich habe auch den Beweis geführt, daß in Eschwege-Schmalzden die gesamte Judenschaft den Sozialdemokraten gewählt hat.

Präsident Graf Ballestrem: Das war auch nicht persönlich. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird der Titel „Gehalt des Kriegsministers“ bewilligt, es folgt die Abstimmung über die Resolutionen.

Angenommen werden die Resolution Dr. Beumer (nat.) über die Freifahrt der Urlauber und die Resolution Eichhoff (frei. Vp.), die dasselbe fordert, mit Verdrückung der Schnellzüge.

Abgelehnt wird die Resolution Frhr. von Hertenstein (nat.), die Maßnahmen gegen die Überbürdung der Unteroffiziere fordert.

Eine große Reihe von Etatsstücken wird darauf debattiert angenommen.

Sodann vertag das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr. Vorher dritte Beratung des holländischen Fürstenausschusses. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhause.

37. Sitzung vom 9. März. 11 Uhr.

Am Ministerische: Budde u. a. Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt bei den Einnahmen: Titel „Personen- und Güterverkehr.“

Die Debatte behandelt zunächst noch die Zugverbindungen.

Abg. Meyer-Diepholz (nat.) bringt lokale Eisenbahnwünsche für die Provinz Hannover vor.

Abg. Wierck (frei.) äußert Wünsche für den nördlichen Teil der Provinz Posen, in dem es an Vollbahnen fehle. Namentlich müsse auf den Nebenbahntrecken nach Schneidemühl der Vollbahnbetrieb eingeführt werden.

Abg. Hausmann (nat.) wünscht Schaffung einer durchgehenden Linie von Holland über Gildesheim nach Leipzig mit Anschluß an die Strecke Leipzig-Wien. Außerdem bringt Redner noch einige andere Wünsche für Hannover vor.

Abg. Glattfelder (Zentr.) empfiehlt Schaffung besserer Zugverbindungen für Merzig, Saarbrücken und Saarlouis unter einander und nach Trier und Köln.

Abg. Biesche (Zentr.) trägt Wünsche im Interesse der Stadt Breslau vor.

Abg. Wegger (nat.) tritt für Verbesserungen im Lokalverkehr nach und von Melsburg ein.

Abg. Walfewitz (kons.) erklärt, die Kommern seien recht geduldet und bescheidene Leute. Sie hätten keine Eisenbahnkommission gebildet, wie die Schlesier, sondern beantragten sich damit, ihre Wünsche in der üblichen Weise hier vorzubringen. Redner äußert sodann Wünsche auf eine bessere Verbindung Hinterommern mit Berlin. Man solle die Schnellzugverbindung Berlin-Stargard nach Hinterommern hin ausdehnen. Sodann müsse eine bessere Verbindung von Colberg nach Posen hergestellt werden. Eine Vermehrung der Züge im Vorortverkehr von Stettin sei dringend wünschenswert, ferner eine Schnellzugverbindung zwischen Stettin und Straßburg.

Abg. Broemel (frei. Vgg.) wünscht eine Beschleunigung des Schnellzugverkehrs zwischen Gießen

und Koblenz. Redner gibt dem Minister zu bedenken, daß noch viele Schnellzüge vorhanden sind, die den Namen „Schnellzug“ nicht verdienen, da sie nur 45 Km. in der Stunde fahren. Soweit nicht anstelle dieser Züge wirkliche Schnellzüge zu setzen sind, sollte sie der Minister in gewöhnliche Personenzüge, bei denen man keinen Zuschlag zu zahlen habe, umwandeln. Verlangen dürfe man, daß von den Schnellzügen Berlin-Stettin die Strecke ohne Zwischenstationen durchfahren werde. Stettin stehe sich bezüglich des Schnellzugverkehrs mit Berlin weit schlechter als Hamburg. Stettin sei doch die Berlin nächstgelegene Hafenstadt.

Abg. Dr. Hauptmann (Zentr.) bittet um eine Vermehrung der Züge zwischen Köln und Bonn. Es handle sich hier um eine Strecke, die eigentlich schon längst als zum Vorortverkehr gehörig gelten müßte. Die eingelegenen Züge würden aber Lokalschnellzüge sein müssen, die zwischen Köln und Bonn gar nicht oder doch nur an vereinzelten Stationen halten. Das sei im Interesse des beschleunigten Verkehrs erforderlich.

Abg. Lüders (frei.) wünscht eine bessere Verbindung zwischen Gildesheim und Berlin und ferner, daß die Schnellzüge Hannover-Kassel in Melfeld halten.

Außerdem werden noch eine Reihe von Lokalwünschen geäußert.

Minister Budde faßt nochmals die ganze große Wunschliste zusammen, verspricht wohlwollende Prüfung, mit Ausnahme der Forderung auf weitere Ausdehnung der Sonntagsfahrten; dies wies er entschieden zurück.

Es folgt die Beratung der dauernden Ausgaben.

Ein dazu vorliegender Antrag Schmidt-Warburg (Zentr.), den Eisenbahnbau-, Betriebs- und Maschineninspektoren eine fünfjährige überschreitende Diätzeit auf das Besoldungsdienstalter anzureden, wird demnach debattiert der Budgetkommission überwiegen.

Hierauf bereitete sich der Berichterstatter Abg. Schmieding (nat.) eingehend über die Verhandlungen der Kommission. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß mangelhafte Berechtigung unter der großen Zahl der unberechtigten leide.

Abg. Busch (Zentr.) beschwert sich darüber, daß eine Anzahl Subalternbeamten auf ihre Eingabe an den Minister um Gehaltserhöhungen keine Antwort bekommen hätten. Redner hält Gehaltsaufbesserungen für die Lokomotivführer, Zugführer und Schaffner für erforderlich.

Abg. Fricke (nat.-lib.) bittet den Minister, in dem Bau von Dienstwohnungen kräftig fortzuführen. Die Angriffe auf die Konsumvereine der Eisenbahnbeamten und Arbeiter kann der Redner nicht billigen. Diese Konsumvereine seien für die Beteiligten eine große Hilfe. Einen erheblichen Abbruch täten die Eisenbahn-Konsumvereine den Gewerbetreibenden nicht, gleichwohl wolle er ihre weitere Ausdehnung nicht befürworten. Bezüglich des Anrückens der Beamten in höhere Gehaltsstufen stehe er auf dem Standpunkt: Man darf nicht alle Beamtenklassen über einen Kamm scheren. Die Beamten des äußeren Dienstes, z. B. die Lokomotivführer, würden in ihrer Gesundheit durch den Dienst so schwer geschädigt, daß sie gewiß selten das Höchstgehalt erreichten; das Durchschnittsgehalt derselben betrage nur 30 Jahre. Es müßte also bei diesen Beamten ein schnelleres Anrücken bis zur höchsten Gehaltsstufe erfolgen. Zum Schluß befürwortet Redner die Besserstellung der höheren technischen Beamten.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

Abg. Goldschmidt (frei. Vp.) bespricht das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter. Auch in den Eisenbahnverhältnissen ist das Koalitionsrecht ein rechtsgeschichtlich garantiertes Recht. Der Minister hat Stellung genommen gegen eine Eisenbahnerorganisation, die verquirit ist mit parteipolitischen Tendenzen. Wir sind auch für politisch neutrale Organisation. Im allgemeinen herrscht unter den Eisenbahnern ein guter Geist, aber man kann ihnen doch ihre politische Gesinnung nicht vorschreiben.

(Nachdruck verboten.)

## Gebrandmarkt.

15]

Roman von G. Freifrau v. Schlippenbach.

Liesenhall war lange nicht so alt und romantisch wie Grafenhorst und die Pfeilburg; erst der Vater des jetzigen Besitzers hatte es gekauft und das langgestreckte einstöckige Haus erbaut, das keinen Anspruch auf Stil oder Schönheit erheben konnte. Es war aber bequem, gemächlich und sehr geräumig. Das Töchterchen des Ehepaares, die hübsche Elsa von Pfeil, war jetzt allein bei den Eltern. Die älteren Geschwister waren aus dem Nest geflogen, die Schwestern verheiratet, die Brüder Offiziere oder Beamte. Der jüngste Bruder Max besuchte die Bergakademie in Freiberg.

Mit der dem Vordischenalter eigenen Schwärmerei bewunderte Elsa die neue Koufine, und sie und Gulda scherzten und lachten so herzlich, daß Rottrauts ernstes Gesicht sich immer mehr erhellte.

„Lottchen,“ sagte Freiherr Johann zu seiner Frau, als sie sich nach Tisch etwas zurückgezogen, während Elsa ihrer „neuesten Flamme“ den Park und Garten zeigte, „Lottchen, nicht wahr, das ist ein Prachtmädel?“

„Sawohl, Alter,“ stimmte sie bei, „und wie sie bei näherer Bekanntschaft gewinnt! Sie hat mich gebeten, ihr einen kleinen Kurjus in der Haushaltung zu geben; die nimmt es damit ernst, die wird einmal etwas Nichtiges leisten.“ — Der Freiherr lächelte, er kannte die schwache Seite seiner Lebensgefährtin.

„So reizend Rottraut ist, wird sich wohl keiner von den Pfeils dazu entschließen, um sie zu freien,“ meinte Frau Lottchen. „Ich muß aufrichtig sagen, ich bin froh, daß unsere Söhne nicht hier leben; sie könnten sich sonst leicht in die Koufine verlieben. Max kommt nicht in Betracht, der ist zu jung für sie; hoffentlich verliert er sein Herz nicht an Willis Pfeil, die zweite Tochter Günther-Erichs.“

Mit diesen Worten schloß die Freifrau die Augen und hielt ihr Mittagsgeschloß.

Rottraut und ihre jugendliche Begleiterin durchwanderten inzwischen die Gänge des Parkes, wobei das lebhafteste Kind ihr alles zeigte und erklärte.

„Gefällt Ihnen Hartwig?“ fragte sie in ihrer unermittelten Art, „finden Sie ihn schön?“

Rottraut zuckte zusammen. Selbst! Sie hatte soeben an den gedacht, der so plötzlich genannt wurde, immer wieder hörte sie die tiefe Männerstimme, die so böse Worte gesprochen.

„Nein,“ kam es hart über ihre Lippen, „er sieht hochmütig und eingebildet aus.“

„Ach, in Zivil ist er nicht halb so schön, wie in seiner Uniform.“ Ich sage Ihnen, wenn er so neben dem Prinzen reitet und sein wildes Pferd zügelte, dann muß er jedem gefallen! Wissen Sie, ich soll ihn heiraten, das ist schon seit langer Zeit bestimmt.“

„So?“ kam es gedehnt über Rottrauts Lippen. „Reht noch nicht, erst nach einigen Jahren, wenn ich die langweilige Schule beendet habe. Ach, ich muß noch soviel viel lernen.“

„Sartwig ist sehr, sehr klug und kann eine dumme Frau nicht brauchen. Ich möchte nur wissen, ob ich ihn lieben werde? Bis jetzt habe ich die Brüder ebenso lieb und Max sogar noch etwas lieber. Da kommt Lante Gulda mit ihrem Mops, sie sucht uns gewiß.“

Sie eilte dem alten Fräulein entgegen, und man setzte den Spaziergang zu dreien fort, bis die Kaffeestunde sie in das Haus zurückrief.

Die Unterhaltung drehte sich um England; Rottraut erzählte sehr fesselnd von Lady Deermoores Heimat, von Schottland, wo sie einen Sommer zugebracht und der Fahrt auf der Nacht des jungen Marquis von Aberstone, des Neffen ihrer Wohlthäterin. Der Freiherr war in seiner Jugend weit gereist und berichtete seinerseits von Land und Leuten, die er kennen gelernt. Er freute sich, mit welchem Verständnis sein junger Gast zuhörte, wie vortrefflich ihr Urteil über Kunst und Theater war, wie fein ihr Empfinden über die moderne, allzu realistische Richtung. Sie mußte viel gelesen und nachgedacht haben, klar und verständig kam jedes Wort hervor und dabei belebte sich ihr sonst leicht verschleierte Auge und bligte lebhaft auf.

„Sie haben heute in der Kirche so herrlich gesungen,“ sagte die Freifrau. „Wollen Sie uns

nicht auch hier mit Ihrem Talent erfreuen? Gulda könnte Sie begleiten.“

Ohne sich nötigen zu lassen, sagte Rottraut freundlich zu und sang mehrere Lieder. Elsa unarmte Rottraut stürmisch und rief einmal über das andere: „Schade, daß Hartwig Sie nicht hört, er liebt Musik so sehr.“

„Mein liebes Kind, Sie haben eine Nachtigallenstimme,“ erklärte die Freifrau begeistert. „Sie könnten Vrot mit Ihrer Stimme verdienen.“

Das junge Mädchen lächelte.

„Einst wollte ich es,“ versetzte sie, „und wenn es nötig wäre . . .“ sie schwieg und vollendete den Satz nicht.

„Wann werden Sie mit dem Kurator der Pfeilburg sprechen?“ fragte der Freiherr. „Sie wissen, daß Hartwig die Geschäfte nach dem Tode seines Vaters geführt hat. Das Gut, das sehr verwahrloht war, ist wieder gut im Stande.“

„Ich werde es morgen tun,“ antwortete Rottraut. „Ich bin dafür, alles Unangenehme nicht aufzuschieben.“

„Sie tun recht daran,“ stimmte der Freiherr bei. „Mir scheint, Sie sind eine in sich abgeschlossene, energische Natur. Verzeihen Sie mir meine Offenheit, ich habe mir mit meinen Jahren viel Menschenkenntnis erworben und beurteile die Dinge und Charaktere der Menschen mit der geklärten Ruhe des Alters.“

Rottraut zögerte, dann sagte sie: „Ich weiß, ich bin anders, als die meisten jungen Mädchen in meinem Alter; aber die Lebensverhältnisse, in denen wir aufwachsen, bilden unser Wesen, und die meinsten waren eben außergewöhnliche.“

„Ich weiß es, mein Kind,“ versetzte der alte Mann milde, seine weiße Hand auf die weiße Rottrauts legend. Sie beugte sich nieder und drückte die warmen, jungen Lippen darauf.

„O! Warum sind Sie nicht mein Vater!“ rief sie leidenschaftlich. „Warum kann ich nicht achten, was mir das Schicksal sein müßte? Deshalb nur mit Bitterkeit an den denken, der mir das Leben gab, ohne mir den Namen unbesetzt zu lassen, den ich trage! Sehen Sie, das ist der Preispaß meines Schicksals, der sich nicht ausgleichen läßt. Die Tochter des Zuchtmeisters und der Chansonettenjünglerin ist gebrandmarkt für alle Zeiten!“

Der Freiherr stuzte und sah sie scharf an.

„Wer — wer hat Ihnen diese harte Äußerung wiederholt?“ fragte er ärgerlich. „Das ist nicht allein lakisch, es ist ein Mangel an Herz, der nicht zu entschuldigen ist!“

„Ich war heute unfreiwillig Zeugin Ihres Gespräches mit Graf Pfeil,“ erwiderte Rottraut. „Meine eigenen Ohren trügen nicht.“

„Ich bedauere es aufrichtig,“ war des Freiherrn Antwort, „es würde Hartwig höchst unangenehm sein, wenn er das wüßte.“

„Das glaube ich nicht,“ versetzte Rottraut schroff. „Man braucht ja keine Rücksicht auf des „wilden Pfeils“ Kind zu nehmen.“

„Sie sind bitter,“ tabelte der alte Herr, „aber zu Hartwigs Entschuldigung liegt manches vor.“

„Was meinte er damit, daß er persönlich weniger als alle anderen Grund habe, meinen Vater zu lieben?“

Der alte Mann schwieg.

„Bitte, ich muß es wissen,“ bat Rottraut ernst.

„Günther-Erich schloß sich mit Hermann-August, dem Vater des jetzigen Besitzers des Grafenhorst, und verlobte ihn, er erhielt infolge dessen einen steifen Arm. Während sich Hermann-August in der Klinik befand, verlobte sich der wilde Pfeil mit Hedwig von Ködler, die von dem Verwundeten ebenfalls auf das Heißeste geliebt wurde.“

„Ist es denn ein Verbrechen, daß er vorgezogen wurde und Hermann-August keine Gegenliebe fand?“ rief Rottraut heftig.

„Gören Sie weiter,“ fuhr der Greis fort, „sehr bald vernachlässigte Günther-Erich seine Frau, die ihm leidenschaftlich zugetan war; die Verlobung wurde aufgelöst und die Verlassene gab in bitterem Stolz dem Grafen Pfeil das Jawort. Die Ehe war keine glückliche, denn das Herz der Gräfin gehörte noch immer dem Unwürdigen, der mit ihr spielte. Erst als ihr Gatte starb, erkannte Gräfin Hedwig, welchen Edelstein sie an ihm besaßen. Hartwig hat unter diesen Verhältnissen schwer gelitten, und deshalb muß man ihn entschuldigen, wenn er insbesondere hart urteilt.“

(Fortsetzung folgt.)







